LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

In Vorbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schwerin: Regionale Parlamente beraten über Künstliche Intelligenz in Stettin

23.04.2026

Dr. Paul Rosenthal, Marcel Falk MdL, Prof. Dr. Kurt Sandkuhl, Beatrix Hegenkötter MdL, VP Beate Schlupp, Anne Shepley MdL (v.l.n.r., von oben nach unten) © Landtag M-V

Vom 20. bis 21. April 2026 fanden in der westpommerschen Hauptstadt Stettin die internationale Expertenanhörung und die Redaktionskonferenz zur Vorbereitung des 22. Parlamentsforums Südliche Ostsee zum Thema „Künstliche Intelligenz“ in Schwerin statt. Ausgerichtet durch den Sejmik der Woiwodschaft Westpommern in Zusammenarbeit mit dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern, versammelte das Treffen rund fünfzig Abgeordnete und Sachverständige aus den polnischen und deutschen Partnerregionen Ermland-Masuren, Pommern, Westpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Dabei wurde aus der jeweiligen regionalen Perspektive ein breites Spektrum an Fragen beleuchtet, die die Chancen und Risiken

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Pressestelle
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Telefon: 0385 525-2149
Telefax: 0385 525-2616
E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de
Website: www.landtag-mv.de

des Einsatzes von KI in den Bereichen öffentliche Verwaltung, wirtschaftliche Innovation und Sicherheit betrafen.

Ziel war es, nach einem intensiven inhaltlichen Austausch mit regionalen Expertinnen und Experten praktische Vorschläge für die regionalen und nationalen Regierungen sowie internationale Organisationen im südlichen Ostseeraum herauszuarbeiten. Unter der Leitung der Ersten Vizepräsidentin **Beate Schlupp** nahmen die Abgeordneten **Marcel Falk**, **Beatrix Hegenkötter** und **Anne Shepley** an der Sitzung in Stettin an der Sitzung in Stettin teil. Als Sachverständige seitens des Landtages wurden **Prof. Dr. Kurt Sandkuhl** von der Universität Rostock und **Dr. Paul Rosenthal** von der Stabsstelle für Digitalisierung im Ministerium für Finanzen und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern angehört.

KI in der Verwaltung: Chancen und Herausforderungen

Dr. Paul Rosenthal, Referatsleiter IT bei der Stabsstelle für Digitalisierung des Finanzministeriums Schwerin und Gastprofessor an der Universität Rostock, stellte zunächst die historische Entwicklung von Rechentechnologien und KI dar. Die Veröffentlichung von ChatGPT, dem ersten frei zugänglichen Sprachmodell, habe zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über KI geführt. Trotz ihrer Leistungsfähigkeit seien gegenwärtige Systeme nicht als „starke KI“ einzuordnen. Dennoch vermittelten insbesondere große Sprachmodelle zunehmend den Eindruck eigenständiger Intelligenz. Mit Blick auf die öffentliche Verwaltung beschrieb Dr. Rosenthal vielfältige Anwendungsmöglichkeiten, etwa bei der automatisierten Texterstellung, Datenanalyse, Entscheidungsunterstützung und Prozessautomatisierung. Gleichzeitig wies er auf zentrale Herausforderungen hin. Dazu gehörten regulatorische Unsicherheiten, Qualitätsprobleme, mögliche Verzerrungen, Risiken für die Cybersicherheit sowie die Gefahr, dass menschliches kritisches Denken durch übermäßige Nutzung von KI abnehmen könnte. Er betonte abschließend, dass KI nicht mehr aufzuhalten sei und künftig weiter an Bedeutung gewinnen werde. Die damit verbundenen Herausforderungen könnten jedoch nur gemeinschaftlich auf politischer und gesellschaftlicher Ebene bewältigt werden.

Die Herausforderungen und Risiken der Anwendung von KI in der öffentlichen Verwaltung wurden anschließend durch **Karol Stachura**, Berater für Künstliche Intelligenz im Referat für Informationssicherheit des Marschallamtes von Pommern, vertieft. Er schilderte konkrete Erfahrungen aus der Verwaltung in Pommern und berichtete, dass die Einführung von KI-Anwendungen zunächst von einem Spannungsfeld zwischen Innovationsdrang und Datenschutzbedenken geprägt gewesen sei. Mitarbeitende hätten neue Technologien aktiv getestet, gleichzeitig habe jedoch die Sorge bestanden, dass sensible Daten auf externen Servern gespeichert würden. In Reaktion darauf seien interne Leitlinien sowie Bewertungsinstrumente

entwickelt worden. Erste Tests mit verschiedenen Anwendungen hätten gezeigt, dass KI zwar großes Potenzial besitze, jedoch nicht alle Erwartungen erfülle. Die durchgeführten Tests hätten dazu beigetragen, das Verständnis für Funktionsweisen und Risiken von KI deutlich zu verbessern. Stachura betonte die Notwendigkeit geschlossener und sicherer Infrastrukturen, insbesondere zum Schutz personenbezogener Daten.

KI in Europa: Zwischen Regulierung und Innovation

Der Regulierung von KI wurde der Vortrag von **Prof. Dr. Annina Neumann**, Professorin für Künstliche Intelligenz und Software Engineering an der Hochschule Flensburg, gewidmet. Dr. Neumann erläuterte die regulatorischen Rahmenbedingungen für Hochrisiko-KI im Kontext des EU KI-Gesetzes (EU AI Act). Hochrisiko-KI-Systeme (solche, die in sicherheitskritischen Bereichen oder bei erheblichen Auswirkungen auf Grundrechte eingesetzt würden) seien an umfangreiche Compliance-Vorgaben gebunden, darunter Risikomanagement, Transparenzpflichten, menschliche Aufsicht sowie technische Dokumentation. Nichtsdestotrotz seien viele Detailfragen noch ungeklärt, sodass erhebliche Unsicherheiten bei der praktischen Umsetzung bestünden. Dr. Neumann machte auf den Zielkonflikt zwischen Regulierung und Wettbewerbsfähigkeit aufmerksam. Während die EU stark auf Sicherheit und Grundrechtsschutz fokussiere, könnten geringere regulatorische Hürden in anderen Weltregionen Innovationen beschleunigen. Sie plädierte daher für stärkere regionale Kooperationen, gezielte Förderung sowie den Ausbau von Fachkompetenzen im Bereich KI und Regulierung in europäischen Regionen.

Die Innovationspotenziale von KI für regionale Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern stellte **Prof. Dr. Kurt Sandkuhl**, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik an der Universität Rostock, dar. Er präsentierte zahlreiche Anwendungsbeispiele aus unterschiedlichen Bereichen im Lande, darunter maritime Technologien, Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Industrie. Im maritimen Bereich erläuterte er etwa den Einsatz von KI zur Überwachung von Aquakulturen sowie zur Analyse ökologischer Daten der Ostsee. In der Landwirtschaft würden KI-Systeme zur Überwachung der Tiergesundheit oder zur Optimierung von Düngungsprozessen eingesetzt. Auch in der Industrie gebe es vielfältige Anwendungen, etwa zur Effizienzsteigerung von technischen Anlagen oder zur Automatisierung von Verwaltungsprozessen. Prof. Dr. Sandkuhl betonte die Bedeutung von Netzwerken, Datenaustausch und grenzüberschreitender Zusammenarbeit, um die Potenziale von KI in der Ostseeregion besser auszuschöpfen.

Ein konkretes Beispiel für den Einsatz von KI-Lösungen im Bereich des Umweltschutzes lieferte **Dr. Tomasz Krzywicki** von der Fakultät für Mathematik und Informatik an der Universität Ermland-Masuren in Olsztyn. Er präsentierte Anwendungen von KI zur Überwachung des ökologischen

Zustands der Masurischen Seenplatte. Die polnische Region stelle ein einzigartiges Ökosystem dar, das mit vielfältigen Umweltbelastungen konfrontiert sei. Traditionelle Überwachungsmethoden seien nicht ausreichend, weshalb KI-gestützte Systeme eingesetzt würden. Dazu gehörten Drohnen, Sensorbojen und digitale Anwendungen zur Echtzeitüberwachung und Analyse von Umweltdaten. Neben dem Projekt zum ökologischen Wassernetz sei eine mobile „Eko-App“ entwickelt worden – ein interaktiver Gästeführer mit virtueller Realität, einem Audioguide, sowie Fragebögen und Bildungsmaterial. Ziel sei es, fundierte Entscheidungen für den Naturschutz zu ermöglichen und die Bevölkerung stärker einzubeziehen.

Sicherheitspolitische Dimensionen von KI: Möglichkeiten und Risiken

Prof. Dr. Gary S. Schaal, Inhaber des Lehrstuhls für Politische Theorie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, beleuchtete die sicherheitspolitischen Aspekte von KI. Er stellte fest, dass KI sowohl neue Bedrohungen schaffe als auch innovative Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr eröffne. Er formulierte fünf konkrete Handlungsempfehlungen, darunter die Durchführung von Stresstests für kritische Hafeninfrastrukturen, die Entwicklung von Frühwarnsystemen für Umweltrisiken der russischen Schattenflotte, die Einrichtung gemeinsamer Plattformen für Krisenübungen sowie eines KI-gestützten Monitoring-Systems mit Fokus auf Desinformation und Meinungsmanipulation. Zudem betonte er die Notwendigkeit, digitale Souveränität durch eigene Infrastruktur und erhöhte Rechenkapazitäten zu stärken.

Zum Schluss konzentrierte sich **Pawe? Szeremet**, Leiter des Büros für Innovation, Wissenschaft und Intelligente Spezialisierungen im Marschallamt der Woiwodschaft Westpommern, auf die Risiken von KI. Die angeführten Beispiele für fehlerhafte Anwendungen machten deutlich, dass KI-Systeme zwar leistungsfähig in der Analyse seien, jedoch keine verlässlichen eigenständigen Entscheidungen treffen könnten. Ein zentrales Problem bestehe darin, dass KI nicht zwischen Wahrheit und statistischer Wahrscheinlichkeit unterscheiden könne. Zudem bestünden Gefahren verbunden mit der Abhängigkeit von außereuropäischen Infrastrukturen. Daher seien Fragen der Energie, Daten und Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Westpommern positioniere sich insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien als wichtiger Standort für zukünftige KI-Entwicklungen. Aus diesem Grund sei es wichtig, entsprechende Prioritäten in Politik und Wirtschaft zu setzen.

Die ausführlichen Fachbeiträge boten eine sachliche Grundlage für die politischen Verhandlungen in der Redaktionskonferenz am folgenden Tag. Delegationsleiterin **Beate Schlupp** fasste das Ergebnis zusammen: „*Der Resolutionsentwurf, der aufgrund einer konstruktiven Zusammenarbeit mit unseren polnischen und deutschen Partnern in Stettin entstanden ist, beweist die Stärke und*

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Pressestelle
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Telefon: 0385 525-2149
Telefax: 0385 525-2616
E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de
Website: www.landtag-mv.de

Konsensorientiertheit unserer regionalen Kooperation. Mit dieser Vorlage sind wir auf die Jahreskonferenz in Schwerin bestens vorbereitet“.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Pressestelle
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Telefon: 0385 525-2149
Telefax: 0385 525-2616
E-Mail: pressestelle@landtag-mv.de
Website: www.landtag-mv.de